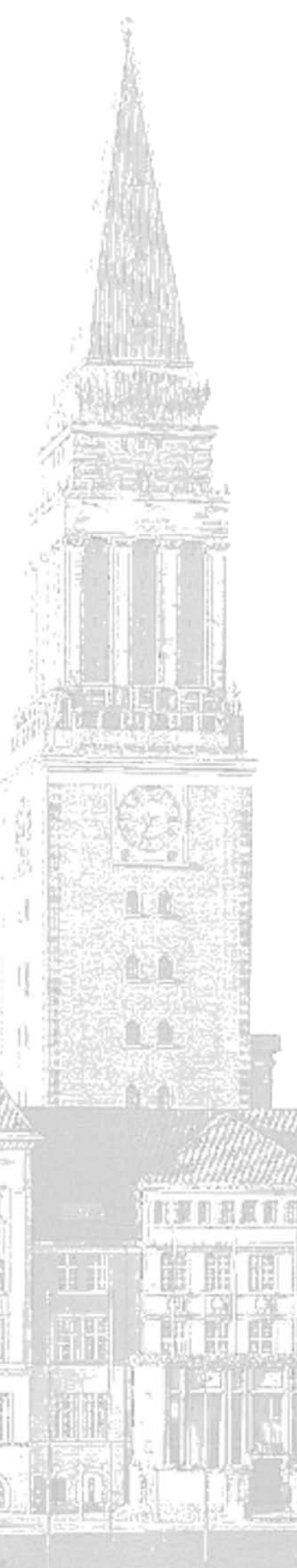




Handlungsempfehlungen für die Integration von Migrantinnen und Migranten in der Landeshauptstadt Kiel



Herausgeberin:
Landeshauptstadt Kiel
Postfach 1152
24099 Kiel
Amt für Familie und Soziales, Referat für Migration
Tel.: 901-2433
E-Mail: birgit.lawrenz@kiel.de

<http://www.kiel.de>

Verantwortlich:
Birgit Lawrenz

Redaktion und Layout:
Birgit Lawrenz und
Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Titelbilder:
Wolfgang Sauerbaum und
Birgit Lawrenz, Landeshauptstadt Kiel

Druck:
Rathausdruckerei

1. Auflage, April 2007, Anzahl der Exemplare: 1.000

Inhalt	Seite
Einleitung	2
Interkulturelle Bildung und Erziehung	4
- Elementarbereich	5
- Schule	9
- Sprachförderung für Erwachsene	13
- Religiöse Belange	15
Jugend und Ausbildung	17
Gesundheit, Seniorinnen und Senioren	21
Wohnen und Wohnumfeld	27
Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste	31
Förderung der Selbstorganisation und Partizipation	37
Anhang: Beschluss der Ratsversammlung	41

Einleitung

Die vorliegenden Handlungsempfehlungen bilden einen grundlegenden Schritt für die Integration von Migrantinnen und Migranten¹ in Kiel. Sie berühren einen großen Teil der Lebenswirklichkeit aller in Kiel lebenden Menschen.

Integration ist jedoch ein ständig fortlaufender Prozess, und Maßnahmen zur Förderung der Integration müssen aktuelle Entwicklungen in der Gesellschaft berücksichtigen. Daher sind diese Empfehlungen als Grundlage für eine Fortführung und kritische Weiterentwicklung zu verstehen.

Der Integrationsprozess ist keine Einbahnstraße. Zuwanderer/innen und Einheimische müssen ihren Beitrag dazu leisten und offen aufeinander zugehen. Die Landeshauptstadt Kiel strebt als Ziel der Integration eine Kultur des Respekts und des gleichberechtigten Miteinanders an auf der verbindlichen Grundlage der im Grundgesetz festgelegten Rechte und Pflichten, wie sie durch die Rechtsordnung in der Bundesrepublik Deutschland konkretisiert werden. Hierzu gehört die Gleichstellung von Mann und Frau in Wort und Tat und die Anerkennung der grundrechtlich verbürgten Freiheitsrechte. Auf dieser Grundlage lässt Integration Raum für die eigene Identität.

In ihrer Sitzung am 23.10.2003 hatte die Ratsversammlung den Antrag des Forums für Migrantinnen und Migranten zur Erarbeitung eines Integrationskonzeptes für die Landeshauptstadt einstimmig beschlossen (s. Anhang). Eine Lenkungsgruppe, bestehend aus den migrationspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Ratsfraktionen, dem Vorstand des Forums sowie je einem Vertreter des AWO-Landesverbandes und des Caritasverbandes nahm im Dezember 2003 ihre Arbeit auf. Die Federführung lag beim Referat für Migration des Amtes für Familie und Soziales.

Allen Mitgliedern der Lenkungsgruppe war eine breite Einbindung der Öffentlichkeit sowie der städtischen Ämter besonders wichtig. Am 7. Mai 2004 fand eine Auftaktveranstaltung im Rathaus statt, zu der neben den Mitgliedern des Forums auch die weiteren Vereine aus der Migrationsarbeit in Kiel eingeladen waren, die Selbstorganisationen der Migrantinnen und Migranten, die Wohlfahrtsverbände, die deutsch-ausländischen Gesellschaften, Migrationsberatungsstellen, Treffpunkte und religiösen Gemeinschaften sowie die Ämter der Stadt Kiel. Etwa 130 Interessierte kamen

¹ Als Migrantin oder Migrant werden unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit alle Personen mit einem Migrationshintergrund bezeichnet. Neben staatenlosen Personen und Personen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit fallen hierunter auch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder dem Status eines Deutschen nach Art. 116 des Grundgesetzes mit Migrationshintergrund. Rechtsstatus, Dauer des Aufenthaltes und Geburtsort sind insoweit nicht entscheidend. Personen mit derartigem Migrationshintergrund sind beispielsweise ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Kinder, auch wenn sie in 2. oder 3. Generation hier geboren sind und unabhängig davon, ob sie aus den sog. „Anwerbeländern“ kommen, sonstige EU-Bürgerinnen und -Bürger, nachgezogene Familienangehörige von Ausländerinnen und Ausländern oder Deutschen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihre Angehörigen, andere Eingebürgerte, Kinder aus binationalen Beziehungen, jüdische Emigrantinnen und Emigranten, Asylberechtigte, Asylbewerberinnen und Asylbewerber, (Bürger-)Kriegsflüchtlinge und Ausländerinnen und Ausländer, deren Aufenthalt aus verschiedenen Gründen nicht beendet werden kann, oder Menschen ohne Papiere. (Entnommen aus dem „Konzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein“, Hrsg.: Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, August 2002)

an diesem Tag ins Rathaus und beteiligten sich an dem ersten Schritt zur Erarbeitung des Integrationskonzeptes.

In Arbeitsgruppen zu den wichtigsten Schwerpunktthemen, wie sie auch im Konzept des Landes Schleswig-Holstein zu finden sind, wurden dann in den folgenden Monaten die Impulse aus der Auftaktveranstaltung vertieft und ausgearbeitet. Die Ergebnisse wurden von der Lenkungsgruppe zusammengeführt und bearbeitet und anschließend im Forum für Migrantinnen und Migranten vorgestellt und diskutiert. Dann erhielten die an der späteren Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen beteiligten Ämter der Stadtverwaltung die Möglichkeit einer ersten Stellungnahme. Anmerkungen, Ergänzungen und Korrekturvorschläge aus den Ämtern wurden durch die Lenkungsgruppe eingearbeitet

Neben den Ausschüssen und der Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel wird das Forum für Migrantinnen und Migranten über die Umsetzung der Handlungsempfehlungen informiert, um diese kritisch zu begleiten und Anregungen für eine Weiterentwicklung zu geben.

Interkulturelle Bildung und Erziehung

Bei den Kenntnissen der deutschen Sprache von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund gibt es nach wie vor erhebliche Defizite.

Die konsequente Umsetzung interkultureller Pädagogik und Förderung der Sprachentwicklung in der Erst- und Zweitsprache sollte daher das gemeinsame Ziel für alle Kindertagesstätten und Schulen in der Landeshauptstadt Kiel sein. Sprachförderung sollte daher zum selbstverständlichen Alltag in den Einrichtungen gehören.

Wichtig ist dabei einerseits die Förderung des interkulturellen Dialogs zwischen allen Beteiligten, andererseits sollte interkulturelle Pädagogik im Alltag gelebt und vorgelebt werden, z. B. durch Wertschätzung der Muttersprache und Mehrsprachigkeit des Personals.

Eine besonders wichtige Rolle bei der Umsetzung interkultureller Pädagogik und Sprachentwicklung spielen die Träger von Kindertagesstätten und Schulen. Ihnen obliegt es, die Bedeutung von interkultureller Pädagogik und Sprachförderung als Multiplikatoren zu vergrößern, u.a. dadurch, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit eröffnet wird, sich intensiv fortzubilden.

Im Bereich der Deutsch-Sprachförderung Erwachsener gibt es nach wie vor einen großen Bedarf bei Migrantinnen und Migranten, die bereits seit längerem in Kiel leben. Für ihre Integration in das Arbeits- und Alltagsleben ist die Beherrschung der deutschen Sprache von elementarer Bedeutung. Deshalb ist es hilfreich, wenn der Zugang zu den Integrationskursen des Zuwanderungsgesetzes für diesen Personenkreis bestehen bleibt.

Interkulturelle Bildung und Erziehung: Handlungsempfehlungen

Elementarbereich

Nr.	Ziel	Maßnahme	Zeitraumen	Kosten	Verantwortlichkeit
1.	Systematische Beobachtung und Dokumentation von Sprachstand und Sprachentwicklung bei Migrantenkindern	Verwendung von einheitlichen Beobachtungsbögen in allen Kindertageseinrichtungen (z. B. SISMIK)	Mittelfristig in allen Kindertagesstätten (Kitas) Langfristig als Grundlage für den Übergang Kita-Schule.	Fortbildungskosten, Material und Arbeitszeit	Zentral gesteuerte und regional angebotene Fortbildungen durch das Bildungsministerium des Landes.
2.	Deutschförderung in Kindertagesstätten durch Sprachförderung im Alltagsgeschehen und zusätzliche systematische Sprachförderung (mindestens in solchen mit einem Migrantenanteil über 50%)	<ol style="list-style-type: none"> 1. Kleine Gruppen in Kitas (Personalschlüssel ist festzulegen)² 2. Sprachfreundlicher, sprachanregender Tagesablauf unter Einbeziehung zusätzlicher Personen wie Eltern, Ehrenamtliche, Praktikant/innen 3. Aktive Akzeptanz des kulturellen Hintergrunds durch verständliche Informationen und Hinweisschilder, Feiern der jeweiligen Feste, Raumgestaltung, Materialangebot etc. 	Mittelfristig Mittelfristig Kurzfristig	Im Rahmen der Kita-Finanzierung durch das Land und die Kommune Keine Keine	Zuständiges Ministerium, Landeshauptstadt Kiel Kita-Träger vor Ort Kita-Träger vor Ort

² Das Personalamt der Landeshauptstadt Kiel weist darauf hin, dass neue Stellen nur geschaffen werden können, wenn ein unabweisbarer Bedarf besteht und eine Kompensation angeboten wird.

3.	Begleitung der Kinder in ihrer Sprachentwicklung	<p>1. Ganzheitliches Lernen statt isoliertes Sprachtraining als pädagogisches Konzept</p> <p>2. Einführung und Anwendung vorhandener Sprachförderkonzepte (z. B. „LEMMMA“, „Rucksack“, „Redefix“ o.ä.)</p> <p>3. Einbringen persönlicher interkultureller Kompetenzen</p>	<p>Kurzfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Kurzfristig</p>	<p>Keine</p> <p>Über Fördermittel, eigene Fortbildungsmittel</p> <p>Keine</p>	<p>Kita-Träger</p> <p>Fortbildungsträger + Kita-Träger</p> <p>Jede/r Mitarbeiter/in</p>
4.	Erleichterter Übergang Kindergarten-Schule	<p>1. Enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Kindergarten und kreative Ideen (z. B. Mettenhof „Interkulturelles Lernen“) unter Einbeziehung der Eltern.</p> <p>2. Zusammenarbeit zwischen Kitas und DaZ-Zentren³</p> <p>3. Gemeinsame Fortbildungen mit Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften</p>	<p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p>	<p>Arbeitszeit und Fortbildungsangebote</p> <p>Arbeitszeit und Fortbildungsangebote</p> <p>Arbeitszeit und Fortbildungsangebote</p>	<p>Schulträger, Schulen, Fortbildungsträger + Kita-Träger und Kitas</p> <p>Kita-Träger und DaZ-Zentren</p> <p>Fortbildungsträger (z. B. IQSH - Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen) + Kita-Träger</p>

³ DaZ: Deutsch als Zweitsprache. DaZ-Zentren sind Schulen, die Kindern ohne Deutschkenntnisse vorrangig vor dem allgemeinen Unterricht eine konzentrierte Deutschförderung anbieten.

5.	<p>Information der Eltern über</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Bedeutung der Erstsprache⁴ für die Entwicklung der Kinder und für den gesamten Spracherwerb und • den Zusammenhang von Erwerb der Zweitsprache und frühem Kita-Besuch (ab 3 Jahre) 	<p>1. Mehrsprachige Informationen an zukünftige Kindergarteneltern mit Informationen zum Spracherwerb und Bildungssystem.</p> <p>2. Individuelle Beratung, Informationsveranstaltungen und / oder persönlicher Brief an zukünftige Kindergarteneltern</p>	Mittelfristig	Entwicklungs- und Materialkosten	Zuständiges Ministerium
6.	Unterstützung der Eltern bei der sprachlichen Förderung ihrer Kinder	<p>1. Förderung von Projekten wie „Lernen mit Mama“ (Hausbesuche geschulter Helferinnen bei Migranteltern mit kleinen Kindern) oder Spielgruppen vor dem Kita-Besuch.</p> <p>2. Variable Betreuungszeiten, um Eltern Sprachkurse zu ermöglichen (z. B. nachmittags und in den Ferien)</p>	Mittelfristig	im Rahmen vorhandener Mittel	Landeshauptstadt Kiel, Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen (Amt 54)
7.	Erstsprache der Kinder fördern	Beteiligung von Eltern im Kindergartenalltag und Einbringen ihrer Kompetenzen.	Mittelfristig	Personalkosten	Landeshauptstadt Kiel - Amt 54, und Kita-Träger
8.	Kindertageseinrichtungen als Orte der Begegnung	Räumlichkeiten der Träger für Treffs, Informationsveranstaltungen, Elternkurse, Elternfortbildungen etc. zur Verfügung stellen	Kurzfristig	Keine	Kita-Träger und Kitas
			Kurz- und mittelfristig	Raumkosten, laufende Kosten, Instandhaltungskosten	Kita-Träger und Kitas

⁴ Unter „Erstsprache“ wird hier die Sprache verstanden, die ein Kind zuerst lernt, in der Regel die Muttersprache.

9.	Qualitätssicherung	<p>1. Entwickeln und Umsetzen von interkulturellen Konzepten mit dem Schwerpunkt „Spracherwerb“ für alle Träger</p> <p>2. Entwicklung von Fortbildungskonzepten</p>	Mittelfristig	Personal- und Sachkosten	Landeshauptstadt Kiel und Träger der Kitas
10.	Personalentwicklung	<p>1. Träger übergreifende Fort- und Weiterbildung in „Interkultureller Kompetenz und Umgang mit Mehrsprachigkeit“ für alle Fachkräfte in Kitas mit Migrantenteil</p> <p>2. Verstärkte Einstellung von pädagogischem Personal mit Migrationshintergrund (z. B. entsprechende Kennzeichnung in Ausschreibungen) als muttersprachliche Ansprechpartner/innen und Kulturmittler/innen</p> <p>3. Dolmetscher-Pool für Kitas, Schulen und Eltern nutzen können</p>	Mittelfristig Kurz- und mittelfristig Mittelfristig	<p>Personal- und Sachkosten</p> <p>Fortbildungskosten, Arbeitszeit im Rahmen vorhandener Mittel</p> <p>Keine</p> <p>s. Öffnung der Verwaltung</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel und Träger der Kitas</p> <p>Landeshauptstadt Kiel und Träger der Kitas</p> <p>Landeshauptstadt Kiel und Träger der Kitas</p> <p>Landeshauptstadt Kiel</p>

Bereich Schule

Nr.	Ziel	Maßnahme	Zeitraumen	Kosten	Verantwortlichkeit
1.	Deutschförderung	<p>1. Bedarfsgerechtes Angebot des DaZ-Förderunterrichts</p> <p>2. Lehrmaterial mit Bezug zu Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und Lebenswelt von Migrant/innen</p> <p>3. Ehrenamtliche Kräfte anwerben (Sprache, Vorlesen, Hausaufgabenhilfe)</p> <p>4. spezielle Förderung von Hauptschüler/innen vor dem Schulabschluss</p>	<p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p>	<p>Keine</p> <p>Lehrmaterial, Sachkosten, Honorarkosten</p> <p>Lehrmaterial, Sachkosten, evtl. Aufwandsentschädigungen</p> <p>Lehrmaterial, Sachkosten, Honorarkosten</p>	<p>Zuständiges Ministerium, (Landeshauptstadt Kiel, Schulen)</p> <p>Landeshauptstadt Kiel, Schulen</p> <p>Zuständiges Ministerium, Landeshauptstadt Kiel, Schulen</p> <p>Zuständiges Ministerium, Landeshauptstadt Kiel, Schulen</p>
2.	Integration der Seiteneinsteiger/innen	Deutschförderung in DaZ – Zentren, auch in Realschulen und Gymnasien	Kurzfristig	Keine	Zuständiges Ministerium Landeshauptstadt Kiel, Schulen
3.	Gleichberechtigte Teilhabe von Mädchen und Jungen	Ergänzendes Anbieten von geschlechtsspezifischem Unterricht, um die Voraussetzungen für die gleichberechtigte Teilhabe zu schaffen (z. B. im Sport- und Sexualkundeunterricht)	Mittelfristig	ggf. Personalkosten	Zuständiges Ministerium, Schule

4.	Verhinderung von Gewalt	<p>1. Gewaltpräventionsschulung als Pflicht an den Schulen</p> <p>2. Aufnahme von Maßnahmen zur Gewaltprävention in die Ausbildung von Lehrer/innen und Erzieher/innen</p> <p>3. niedrigschwellige, evtl. muttersprachliche Elternkurse und Erziehungsberatungsangebote, z. B. in ethnischen Vereinen</p>	Mittelfristig	Fortbildung, Schulung	Schule, Land Schleswig-Holstein, Landeshauptstadt Kiel
5.	Orientierung von Eltern und Kindern	<p>1. Benennung von „Migrationsbeauftragten“ an Schulen mit hohem Migrant/innenanteil als Brückenfunktion zwischen Schule – Eltern – ethnischen Vereinen – Beratungsstellen und Regeldiensten .</p> <p>2. Mehrsprachige Informationssystemen zum Bildungssystem, evtl. Kieler Schulinfoheft</p> <p>3. Austausch mit Eltern über Erwartungen von Schule an Eltern und von Eltern an Schule</p> <p>4. Einbeziehen von Lehrer/innen mit Migrationshintergrund für Kurse, AG's, Veranstaltungen, Hausaufgabenhilfen etc. sowie als muttersprachliche Ansprechpartner/innen und Kulturmitt-</p>	Mittelfristig	Keine	Land Schleswig-Holstein
			Langfristig	Keine	Landeshauptstadt Kiel, Freie Träger
			Mittelfristig	Evtl. Personalkosten	Zuständiges Ministerium, Landeshauptstadt Kiel, Schulen
			Mittelfristig	Druck- und Übersetzungskosten	Zuständiges Ministerium; Landeshauptstadt Kiel
			Kurzfristig	Keine	Schulen, Migrationssozialberatungsstellen, Regeldienste
			Mittelfristig	Personalkosten	Zuständiges Ministerium, Schulen

		ler/innen	Kurz- und mittelfristig	Lehrmaterial, Sachkosten, Honorarkosten	Zuständiges Ministerium, Landeshauptstadt Kiel, Schulen
5. Einbeziehung des kulturellen Hintergrunds (z. B. Feiern der jeweiligen Feste, Raumgestaltung, Materialangebot etc.)					
6. Förderung der Teilhabe von Migranteneitern	<p>1. „Lehrerabende“ oder „Eltern-tage“ bei Interessenvertretungen/ Vereinen/ Selbsthilfegruppen von Migrant/innen</p> <p>2. Einbeziehen von erwachsenen Sprachmittler/innen bei Elternabenden, z.B. von Lehrer/innen mit Migrationshintergrund</p>	<p>Mittel- oder kurzfristig</p> <p>Mittelfristig</p>	<p>Im Rahmen vorhandener Personalmittel</p> <p>Evtl. Honorarkosten</p>	<p>Schulen, Vereine und Selbsthilfegruppen</p> <p>Schulen, Vereine und Selbsthilfegruppen, Landeshauptstadt Kiel</p>	
7. Außerschulische Förderung	<p>1. kommunale Kofinanzierung landesgeförderter Deutschsprachkurse für Kinder mit Migrationshintergrund schaffen (70 % Land/ 30 % Kommune)</p> <p>2. Fortführung der schulergänzenden und Ferien-Kurse, wie z. B. bei der VHS</p>	<p>Mittelfristig</p> <p>Findet bereits statt</p>	<p>Anteilige Projektkosten</p> <p>Anteilige Projektkosten</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Landeshauptstadt Kiel, Sprachkursträger</p>	

8.	<p>Verbesserung der Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen</p>	<p>1. Vernetzung im Stadtteil / stadtteilbezogene Arbeitskreise um</p> <ul style="list-style-type: none"> - den Austausch zu ermöglichen und die Kenntnisse über die einzelnen Maßnahmen für alle Beteiligten zu verbessern - die Angebote für eine effektive Wirkung zu koordinieren <p>2. Öffnung der Schulen im Stadtteil – auch am Nachmittag und in den Ferien – für außerschulische Lern- und Hausaufgabenhilfen und Sprachkurse für Erwachsene, v. a. Mütter und Väter.</p>	Langfristig	Keine	<p>Jugendhilfe, Schule, Träger von Hausaufgabenhilfe, Betreuungseinrichtungen, Migrationssozialberatung, Landeshauptstadt Kiel, Arbeitsagentur, Schule, Kita, ethnische Vereine und Selbsthilfegruppen, Sprachkurssträger</p>
			Kurzfristig	Raumkosten, Personalkosten	<p>Landeshauptstadt Kiel Träger von Lern- und Hausaufgabenhilfen, Landeshauptstadt Kiel (Schule)</p>

Bereich Sprachförderung für Erwachsene

Nr.	Ziel	Maßnahme	Zeitraumen	Kosten	Verantwortlichkeit
1.	Übersichtlichkeit und bessere Nutzung des vorhandenen Angebots an Sprachkursen. Bedarfsorientiertes Angebot an Kursen organisieren.	1. Aussagekräftige und aktuelle Informationen der Sprachkursträger (Art, Inhalt, Zielgruppe, Qualifikation der Lehrkräfte, Lernziele, Preise der Kurse) zentral zusammenfassen und veröffentlichen (z. B. Homepage Landeshauptstadt Kiel, bzw. mit Link zu Trägern) 2. Ansprechstelle in der Stadt für alle Anliegen der Sprachförderung	Kurzfristig	Personalkosten	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Integrationskursträger, Landeshauptstadt Kiel und Migrationserstberatungsstellen
2.	Anpassung des Angebotes und der Lerninhalte an die Möglichkeiten der Teilnehmer/innen	1. Auswertung der Sprachkurse durch die Träger und/oder durch unabhängige Stellen 2. Förderung flexibler Kurse Förderung von Sprachkursen mit hohem lebenspraktischem Anteil (z. B. Exkursionen, Besichtigungen, Rollenspiele etc.) 3. Sicherstellung erforderlicher Kinderbetreuung für die Teilnahme an Integrationskursen, insbesondere für Kinder unter 3 Jahren	Kurzfristig Mittelfristig Kurzfristig	Im Rahmen vorhandener Personalmittel Personalkosten bei den Trägern Kurskosten Kinderbetreuungskosten	Landeshauptstadt Kiel (Referat für Migration) in Kooperation mit Sprachkursträgern Sprachkursträger Landeshauptstadt Kiel Landeshauptstadt Kiel, ARGE Kiel ⁵ , Integrationskursträger, BAMF

⁵ Arbeitsgemeinschaft von Arbeitsagentur Kiel und Landeshauptstadt Kiel

3.	Begegnung und Kontakte im Stadtteil fördern	Öffnung von Schulen – auch nachmittags und abends und in den Ferien für Sprachkurse, Kommunikationskurse, Gesprächskreise	Kurzfristig	Personalkosten (Hausmeister, Reinigungskräfte)	Landeshauptstadt Kiel
4.	Nutzung vorhandener Ressourcen	Nutzung der Sprachlabore an Uni und Schulen	Kurzfristig	Personalkosten (Hausmeister, Reinigungskräfte, Lehrkräfte)	Landeshauptstadt Kiel Universität Kiel
5.	Angebot auch für Migrant/innen, die bereits länger in Kiel leben und/oder eingebürgert sind und die deutsche Sprache ungenügend beherrschen	Förderung von Sprachkursen v. a. für „Alt-Einwanderer/innen“, die nicht (mehr) an den Bundesgeförderten Kursen partizipieren können.	Mittelfristig	Personal- und Sachkosten	Landeshauptstadt Kiel, ARGE Kiel

Bereich Religiöse Belange

Nr.	Ziel	Maßnahme	Zeitraumen	Kosten	Verantwortlichkeit
1.	Förderung der interreligiösen Begegnung	<p>1. Unterstützung interreligiöser Kontakte, z. B. interreligiöser Arbeitskreis, Aktivitäten für Frieden der Religionen</p> <p>2. Herausgabe, Vorstellung und Aktualisierung eines Heftes über „Religionen in Kiel“ mit den Möglichkeiten interreligiöser Begegnung</p> <p>3. Anregung bei Schulen, Synagogen, Kirchen, Moscheen u.ä., Zentren anderer Religionen zu besuchen</p> <p>4. Unterstützung bei anderen interreligiösen Projekten im Unterricht, im Rahmen der Zuständigkeit des Schulträgers</p>	Kurzfristig	Im Rahmen der Mittel des Referates für Migration	Landeshauptstadt Kiel, Religionsgemeinschaften
		<p>2. Herausgabe, Vorstellung und Aktualisierung eines Heftes über „Religionen in Kiel“ mit den Möglichkeiten interreligiöser Begegnung</p>	Bereits vorhanden, Aktualisierung mittelfristig	Druckkosten	Landeshauptstadt Kiel, Interreligiöser Arbeitskreis, Religionsgemeinschaften
		<p>3. Anregung bei Schulen, Synagogen, Kirchen, Moscheen u.ä., Zentren anderer Religionen zu besuchen</p>	Kurzfristig	Keine	Schulrätin/ Schulrat, Landeshauptstadt Kiel (Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen), Religionsgemeinschaften
		<p>4. Unterstützung bei anderen interreligiösen Projekten im Unterricht, im Rahmen der Zuständigkeit des Schulträgers</p>	Kurzfristig	Keine	Schulräte, Landeshauptstadt Kiel (Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen), Religionsgemeinschaften
2.	Gegenseitiger Respekt und Achtung der unterschiedlichen Religionen und gegenüber Menschen ohne Religionszugehörigkeit	<p>1. Erhalt des muslimischen Gräberfeldes auf dem Ostfriedhof</p> <p>2. Erhalt des Raumes für Seelsorge und Gebet im Städtischen Krankenhaus, Verbesserung der Hinweisschilder, sowie Einrichtung eines solchen Raumes in der Universität</p>	Wird bereits geleistet	Im Rahmen der Mittel des zuständigen Amtes	Landeshauptstadt Kiel
			Kurz- und mittelfristig	Sachkosten	Städtisches Krankenhaus, Universitätsklinik

	tätsklinik	Laufend	Öffentlichkeitsarbeit	Landeshauptstadt Kiel, Religionsgemeinschaften
	3. Fortführung der Werbung um Verständnis und Toleranz			

Jugend und Ausbildung

Die Integration der Jugendlichen aus Migrantenfamilien muss mit besonderem Gewicht unterstützt werden, da dies einen unmittelbaren Einfluss auf das zukünftige Leben in unserer Gesellschaft und damit auch in der Kommune hat. Die vorhandenen Potentiale werden häufig nicht erkannt, weiter entwickelt und genutzt, der Zugang zu Bildungs- Berufs- und Freizeitmöglichkeiten ist erschwert.

Dies gilt nicht nur für Jugendliche, die noch nicht lange in Deutschland leben, sondern auch für viele, die hier aufgewachsen sind. Studien und Statistiken belegen, dass junge Migrantinnen und Migranten immer noch nicht die gleichen Chancen in Bildung und Ausbildung haben, da das vorhandene Bildungssystem nicht auf deren spezifische Bedarfe ausgerichtet ist.

Migranteltern stehen in der Verantwortung, ihre Kinder auf deren Bildungs- und Ausbildungsweg zu motivieren und zu fördern. Dies gilt für Mädchen und Jungen gleichermaßen. Neben den öffentlichen Diensten sind hier ebenso Migrantenselbstorganisationen und –vereine gefordert, ihre „Community“ zu informieren und zu unterstützen.

Mit einem verstärkten interkulturellen Bewusstsein und der interkulturellen Öffnung von Schulen, Ausbildungseinrichtungen und Anlaufstellen für Jugendliche kann und muss der Zugang für junge Migrantinnen und Migranten verbessert werden.

Sport kann einen wichtigen Beitrag zur Integration von Jugendlichen leisten. Besondere Projekte, aber auch die Sportvereine in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil, erreichen viele Jugendliche und fördern Fairness und Respekt. Anzustreben ist eine ihrem Bevölkerungsanteil entsprechende Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten in deutschen Sportvereinen, aber auch in weiteren ehrenamtlichen Bereichen wie Umwelt- und Naturschutzorganisationen, Freiwillige Feuerwehr, Pfadfinder, Amateurtheater, Technisches Hilfswerk u. ä. Daneben können auch Angebote in Migrantenvereinen selbst einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten.

Jugend und Ausbildung: Handlungsempfehlungen

Nr. Ziel	Maßnahme	Zeitraumen	Kosten	Verantwortlichkeit
1. Verbesserung des Zugangs der Jugendlichen zu Beratungs- und Hilfsangeboten	<ol style="list-style-type: none"> 1. Entwicklung des interkulturellen Bewusstseins in den Einrichtungen 2. Aktives Zugehen auf die Jugendlichen 3. Differenziertes und geschlechtsspezifisches Angebot von Fördermaßnahmen für Jugendliche ohne Schulabschluss, bzw. ohne Lehrstelle 4. Zusammenarbeit von Integrationsdiensten und Schulen 5. Interkulturelles Training für Mitarbeiter/innen von Einrichtungen, die mit Jugendlichen zu tun haben 	<p>Mittelfristig</p> <p>Kurzfristig</p> <p>Kurzfristig, teilweise bereits vorhanden</p> <p>Kurzfristig</p> <p>Mittelfristig</p>	<p>Fortbildungskosten</p> <p>Im Rahmen vorhandener Personalmittel</p> <p>Projektkosten</p> <p>Fortbildungskosten</p> <p>Fortbildungskosten</p>	<p>Einrichtungen der Jugendarbeit bei Städten und freien Trägern, Schule</p> <p>Landeshauptstadt Kiel, freie Träger, Schule</p> <p>Arbeitsverwaltung, freie Träger</p> <p>Schule, Jugendmigrationsdienste</p> <p>Landeshauptstadt Kiel, freie Träger, Arbeitsverwaltung</p>
2. Verbesserung des Zugangs zu Lehrstellen und Arbeit	<ol style="list-style-type: none"> 1. Verstärkte Beratung über Ausbildungswege und Lehrstellen bei Migrant/innen 	<p>Mittelfristig</p>	<p>Keine</p>	<p>Wirtschaft, Industrie- und Handelskammer (IHK), Handwerkskammer, Schulen, Vereine, Migrationssozialberatung, Landeshauptstadt Kiel, Arbeitsverwaltung, Freie Träger</p>

		<p>2. Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit nach Schulabschluss, bzw. wenn keine Schulpflicht mehr besteht</p> <p>3. Aktives Zugehen auf die Jugendlichen, um sie und ihre Eltern mit Ausbildern in Verbindung zu bringen (wie am Beispiel der Beschäftigungsgesellschaft - BEQUA in Flensburg)</p> <p>4. Nutzung und Mobilisierung der Potentiale von Migranten-Unternehmen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen</p> <p>5. Kontinuierliche Begleitung Jugendlicher über verschiedene Einzelmaßnahmen hinaus zur Eingliederung in Ausbildung und Arbeit</p>	Mittelfristig	Projektkosten	Arbeitsverwaltung
			Mittelfristig	Projektkosten	Landeshauptstadt Kiel, Arbeitsverwaltung
			Mittelfristig	Projektkosten	Landeshauptstadt Kiel, Arbeitsverwaltung, IHK, Handwerkskammer, Migrantenvereine
			Mittelfristig	Projektkosten (Einwerbung von EU-Mitteln)	Landeshauptstadt Kiel, Arbeitsverwaltung, Freie Träger
3.	Integration von Jugendlichen im und durch Sport	<p>1. Fortführung der Unterstützung der Projekte „Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit“ und „Integration durch Sport“ des Landessportverbandes</p> <p>2. Interkulturelle Öffnung von Sportvereinen, Berücksichtigung von anderen Nationalitäten und Kulturen, insbesondere auch bei der Wahl von Vor-</p>	Mittelfristig	Projektkosten	Land Schleswig-Holstein, Landessportverband
			Mittelfristig	Keine	Sportvereine, Landes-sportverband

	standmitgliedern, Trainer/innen und Schiedsrichter/innen	Mittelfristig			Sportvereine, Landeshauptstadt Kiel
	3. Informationen der Träger, Beratungsstellen und Vereine über Angebote von Sportvereinen	Mittelfristig		Keine	Sportvereine, Landeshauptstadt Kiel
	4. Übersetzung von Broschüren, Turnhallenordnungen, Benutzungsvorschriften nach Bedarf	Mittelfristig		Druckkosten, evtl. Übersetzungskosten	Sportvereine, Landeshauptstadt Kiel
	5. Ergänzendes Angebot von geschlechtsspezifischen Trainings, Kursen etc.	Mittelfristig		ggf. Personalkosten	Sportvereine, Landes-sportverband
	6. Interkulturelle Schulung von Übungsleiter/innen	Mittelfristig		Schulungskosten	Sportvereine, Sportverband Kiel

Gesundheit, Seniorinnen und Senioren

Integration von Migrantinnen und Migranten bedeutet Herstellung von Chancengleichheit beim Zugang zu allen Bereichen (insbesondere Behandlung, Rehabilitation, Pflege einschließlich Gesundheitsförderung / Prävention). Chancengleichheit ist durch interkulturelle Öffnung aller Einrichtungen des Gesundheitswesens zu erreichen.

Auch in Kiel gibt es bei der gesundheitlichen Versorgung von Migrantinnen und Migranten erhebliche Defizite. Die in der AG erarbeiteten Handlungsschritte zielen vorrangig auf die interkulturelle Öffnung der Dienste und Einrichtungen der Gesundheitsversorgung in der Stadt und auf eine Informationsarbeit, die den sprachlichen und kulturellen Hintergrund der hier lebenden Migrantinnen und Migranten einbezieht.

Die „Planung für Menschen mit Behinderung“ der Landeshauptstadt Kiel enthält zum Zusammenhang von Migrantinnen/Migranten und Behinderung bereits Handlungsempfehlungen zur besseren Versorgung, die in dieses Konzept ergänzend einbezogen wurden. Sämtliche Empfehlungen sind auch auf die Belange von Migrantinnen und Migranten mit Behinderung auszurichten.

Auch der „Pflegebedarfsplan“ der Landeshauptstadt Kiel sollte berücksichtigt werden, der an verschiedenen Stellen die Bedarfe von Migrant/innen einbezieht. Er ist erhältlich im Amt für Familie und Soziales der Landeshauptstadt Kiel.

Die Bereiche Gesundheit, Seniorinnen und Senioren sind in diesem Kapitel zusammengefasst. Dies ist nicht im Hinblick auf einen direkten Zusammenhang geschehen, sondern geht zurück auf die ursprünglich im Antrag für ein Integrationskonzept benannten Schwerpunktthemen. Neben den Empfehlungen in diesem Kapitel sind auch in den anderen Schwerpunkten Belange von älteren Migrant/innen berücksichtigt.

Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund sind mittlerweile im Rentenalter. Insbesondere aus dem Kreis derjenigen, die einst als Arbeitsmigrant/innen gekommen sind, haben sich viele entschlossen, entgegen ihrer ursprünglichen Lebensplanung auch diesen Lebensabschnitt in Deutschland zu verbringen. Hier fehlen bislang weitgehend entsprechende Angebote der Seniorenarbeit für diese Zielgruppe. Ähnlich wie die Gesundheitsversorgung muss sich auch die ambulante und stationäre Pflege auf eine zunehmende Anzahl von Klientinnen und Klienten mit Migrationshintergrund einstellen.

Darüber hinaus sollten ältere Migrant/innen, dies gilt gleichermaßen auch für jüngere, ermutigt und motiviert werden, sich in allen Gremien und Interessenverbänden zu engagieren, um die besonderen Bedürfnisse von Migrant/innen dort einzubringen.

Gesundheit, Seniorinnen und Senioren: Handlungsempfehlungen

Nr.	Ziel	Maßnahme	Zeitraumen	Kosten	Verantwortlichkeit
1.	Verbesserung von Informationsmöglichkeiten zur Verringerung von Zugangsbarrieren	<ol style="list-style-type: none"> 1. Informationsblätter zu Gesundheitsthemen werden soweit möglich mehrsprachig erstellt 2. Informationsveranstaltungen und Schulung von Multiplikatoren/innen in Vereinen und Initiativen zu Gesundheitsangeboten 3. Ausbau der Kooperation mit niedergelassenen Ärzt/innen und Krankenhäusern 4. Erstellen eines Leitfadens „Gesundheit für Migrantinnen und Migranten“ 5. Aktualisierung und Fortführung des Gesundheitswegweisers für Migrant/innen. Alternativ: Informationen über den Zugang zu „medifindex“- und „arztfindex“- Datenbanken 	Kurz- und mittelfristig	Evtl. Übersetzungskosten, Druckkosten	Landeshauptstadt Kiel (Amt für Gesundheit) in Kooperation mit Migrantenvereinen und Migrationssozialberatung
		2. Informationsveranstaltungen und Schulung von Multiplikatoren/innen in Vereinen und Initiativen zu Gesundheitsangeboten	Kurz- und mittelfristig	Projektkosten	Landeshauptstadt Kiel (Amt für Gesundheit) in Zusammenarbeit mit dem landesweiten „Arbeitskreis Migration und Gesundheit“
		3. Ausbau der Kooperation mit niedergelassenen Ärzt/innen und Krankenhäusern	Kurz- und mittelfristig	Keine	Landeshauptstadt Kiel als Koordinator zusammen mit dem Forum für Migrant/innen
		4. Erstellen eines Leitfadens „Gesundheit für Migrantinnen und Migranten“	Kurz- und mittelfristig	Druckkosten	Landeshauptstadt Kiel (Amt für Gesundheit) in Zusammenarbeit mit dem landesweiten „Arbeitskreis Migration und Gesundheit“
		5. Aktualisierung und Fortführung des Gesundheitswegweisers für Migrant/innen. Alternativ: Informationen über den Zugang zu „medifindex“- und „arztfindex“- Datenbanken	Kurz- und mittelfristig	Druck- und Übersetzungskosten	Landeshauptstadt Kiel (Amt für Gesundheit) in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer

2.	Verstärkung der Forschung	<p>1. Gesundheitsberichterstattung: Erstellen eines Berichtes zur Gesundheitssituation von Migrant/innen (da landesweit einheitliche Themen gewählt werden, in Abstimmung mit allen Kreisen und kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein) Der Bericht sollte auch eine Dokumentation der von Behinderung betroffenen Migrant/innen enthalten.</p> <p>2. Initiierung themenbezogener Umfragen und Untersuchungen</p>	Kurz- und mittelfristig	Projektkosten	Landeshauptstadt Kiel im Rahmen der laufenden Berichterstattung, evtl. in Kooperation mit externen Partner (Land Schleswig-Holstein, Fachhochschulen u. ä.)
3.	Verbesserung der interkulturellen Kompetenz in der medizinischen Versorgung	<p>1. Geschulte Migrantinnen und Migranten als Multiplikator/innen in der Landeshauptstadt Kiel und bei Vereinen/Initiativen</p> <p>2. Fortbildungsangebote zu interkultureller Kompetenz im Gesundheitssektor, Vermittlung der kulturell bedingt unterschiedlichen Vorstellungen von Gesundheit, ggf. Fremdsprachenschulung des Personals</p>	Kurz- und mittelfristig	Projektkosten	Landeshauptstadt Kiel im Rahmen der laufenden Berichterstattung, evtl. in Kooperation mit externen Partner (Land Schleswig-Holstein, Fachhochschulen u. ä.)
			Kurz- und mittelfristig	Projektkosten	Landeshauptstadt Kiel, Vereine, Träger der Migrationsarbeit
			Kurz- und mittelfristig	Projektkosten	Fortbildungsträger und Personalverantwortliche bei Landeshauptstadt und Trägern

4.	Berücksichtigung von Besonderheiten in der Gesundheitsversorgung von Migrant/innen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Mehr aufsuchende, stadtteilbezogene Gesundheitsberatung 2. Förderung stadtteilbezogener Angebote freier Träger 3. Einstellung von Personal mit Migrationshintergrund 4. Verstärkte Berücksichtigung von migrationsspezifischen Problemen (z. B. traumatisierte Flüchtlinge) bei psychosozialen Hilfen und Beratungsangeboten freier Träger 	<p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Kurz- und mittelfristig</p>	<p>Personalkosten</p> <p>Im Rahmen vorhandener Personalmittel</p> <p>Keine</p> <p>Projektmittel</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel als Initiatorin</p> <p>Koordinierung durch Migrationssozialberatung bei der Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Personalverantwortliche bei Landeshauptstadt Kiel und Trägern</p> <p>Landeshauptstadt Kiel in Abstimmung mit dem Land Schleswig-Holstein</p>
5.	Verbesserung von Prävention	<ol style="list-style-type: none"> 1. Stärkere Berücksichtigung von Migrant/innen als Zielgruppe von Präventionsmaßnahmen 2. Unterstützung migrations-spezifischer Präventionsprojekte freier Träger (z. B. auch durch Fachinformation, Sachmittel, Gestaltung von Räumen etc.) 	<p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p>	<p>Im Rahmen vorhandener Budgets</p> <p>Projektmittel</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel (Amt für Gesundheit) und Krankenkassen</p> <p>Landeshauptstadt Kiel in Zusammenarbeit mit dem landesweiten „Arbeitskreis Migration und Gesundheit“</p>
6.	Verhinderung von Gewalt	<ol style="list-style-type: none"> 1. Besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse älterer Migrant/innen in der Gewaltprävention 2. Übersetzung in mehrere Sprachen der „Sicherheitstipps für Seniorinnen und Senioren 	<p>Mittel- bis langfristig</p> <p>Kurz- bis mittelfristig</p>	<p>Im Rahmen vorhandener Maßnahmen</p> <p>Übersetzungs- und Druckkosten</p>	<p>Räte für Kriminalitätsverhütung (Land, Kommune), Arbeitskreis Gewalt gegen Frauen</p> <p>Rat für Kriminalitätsverhütung des Landes Schleswig-Holstein</p>

7.	Verbesserte Versorgung älterer Migrant/innen ⁶	<p>1. Verstärkung des Migrationsaspektes in der Arbeit der „Leitstelle Älter werden“</p> <p>2. Initiierung von Selbsthilfegruppen älterer Migrant/innen</p> <p>3. Ausbau von Betreuungs- und Pflegeangeboten, die auf die speziellen Bedürfnisse von Migrant/innen ausgerichtet sind</p> <p>4. Niedrigschwellige, evtl. muttersprachliche Informationen über Hilfsmöglichkeiten im Alter</p> <p>5. Verstärkte Einbeziehung von Migrant/innen in die Arbeit der trägerunabhängigen Pflegeberatungsstelle</p>	Kurz- und mittelfristig	Im Rahmen bestehender Mittel	Landeshauptstadt Kiel
			Mittelfristig	Im Rahmen bestehender Maßnahmen	Träger von Angeboten der Altenhilfe und der Migration in bestehende Angebotsstrukturen
			Kurz- und mittelfristig	Personal- und Sachkosten	Einrichtungen und Träger der Altenhilfe
			Kurz- und mittelfristig	Übersetzungs- und Druckkosten	Träger von Angeboten der Altenhilfe und der Migration in bestehende Angebotsstrukturen
			Kurz- und mittelfristig	Im Rahmen bestehender Maßnahmen	Landeshauptstadt Kiel, Land Schleswig-Holstein (Ministerium für Soziales...)

⁶ In diesem Zusammenhang sollte der Projektbericht des Instituts „ifit“ vom Juli 2004 „Interkulturelle Öffnung der Altenarbeit und Pflege“ berücksichtigt werden, der die Wünsche und Anregungen von Migrant/innen und Experten aus der Migrationsarbeit in Kiel benennt aus den Bereichen „Angebote der offenen Altenarbeit“, „Angebote von Pflegeeinrichtungen“, „Wünsche an das Pflegepersonal“ und „Empfehlungen für die interkulturelle Öffnung der Pflege“. Er ist erhältlich im Amt für Familie und Soziales der Landeshauptstadt Kiel.

		<p>6. Zugehende Informationskampagnen zur Aufklärung über Angebote und Möglichkeiten in ethnischen und religiösen Vereinen und bei ihren Funktionsträgern</p>	<p>Kurz- und mittelfristig</p>	<p>Personal- und Sachkosten</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel (Leitstelle Älter werden), Träger von Angeboten der Migrationsarbeit und Altenhilfe</p>
--	--	---	--------------------------------	---------------------------------	--

Wohnen und Wohnumfeld

„Wir wollen besser miteinander wohnen in einem guten Wohnumfeld“

Unter diesem Leitspruch hat eine Arbeitsgruppe zum Thema „Wohnen und Wohnumfeld“ im Rahmen des kommunalen Integrationskonzeptes in mehreren Sitzungen Vorschläge erarbeitet. Diese beziehen sich auf

- die Stadtentwicklung: problematische Stadtteile, viele einkommensschwache und sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen,
- das Wohnumfeld: Graffiti, Schmutz, Vandalismus und Achtsamkeit im öffentlichen Bereich in belasteten Stadtteilen,
- die Wohnung: Versorgungsschwierigkeiten durch Miethöhen-Problematik, Ablehnung und Diskriminierung bei der Wohnungssuche und
- Wohnkonflikte/Nachbarschaftskonflikte: Unverständnis, Misstrauen bei unterschiedlichen Kulturen.

Ziel ist es, Schritte für ein besseres Verständnis und ein besseres Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen aufzuzeigen.

Dabei wird die Durchmischung von Wohnbereichen als Ziel und Aufgabe kommunaler Bemühungen gesehen, um eine soziale Ausgewogenheit zu erreichen. Auf dem Wege zur Realisierung dieses Ziels wird es erforderlich sein, Abschottungen zu vermeiden und eine Integration auch in Stadtteilen mit einem hohem Migrantenanteil zu ermöglichen.

Wohnen und Wohnumfeld: Handlungsempfehlungen

Nr.	Ziel	Maßnahme	Zeitraumen	Kosten	Verantwortlichkeit
1.	Förderung interkultureller Nachbarschaften	<p>1. Bereitstellung von gutem, bezahlbarem Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen in allen Stadtteilen, unabhängig von der Nationalität</p> <p>2. Es müssen verstärkt Strategien zur Imageverbesserung belasteter Stadtteile entwickelt werden, z. B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadteiführer • Präsentation der Innen- und Hinterhöfe <p>3. Maßnahmen zur Erhaltung bestehender und Schaffung neuer wohnortnaher Infrastruktur und Versorgungsmöglichkeiten</p> <p>4. Das Zusammenleben im Quartier sollte durch folgende Maßnahmen unterstützt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Raum für gemeinsame Feste bieten • Möglichkeiten zum Zusammentreffen im Außenraum • Attraktive Innenhöfe • Gemeinsame Gestaltung der Innenhöfe 	Kurzfristig	Bei Vermietern	Vermieter/innen, Landeshauptstadt Kiel, Land Schleswig-Holstein
			Mittelfristig	Projektmittel	Kooperation zwischen Landeshauptstadt Kiel und Vermieter/innen, Mieter/innen, Einzelhandel, Akteur/innen in den Stadtteilen
			Kurzfristig	Infrastrukturkosten, bauliche Maßnahmen	Einzelhandel, Versorgungsbetriebe, Landeshauptstadt Kiel
			Kurzfristig	Infrastrukturkosten, bauliche Maßnahmen	Vermieter/innen, Mieter/innen, Landeshauptstadt Kiel, Land Schleswig-Holstein

		<ul style="list-style-type: none"> Bessere Ausstattung der Spielplätze 				
		<p>5. Gezielte Öffentlichkeitskampagne in verschiedenen Sprachen zur Aufklärung und Information der Bevölkerung zu den Themen Mülltrennung, Hundehaltung und Vermeidung von Schmutz. Hausordnungen sind mehrsprachig zu verfassen.</p> <p>6. Verstärkte Kontrollen im öffentlichen Bereich und Beseitigung von Angsträumen. Verstöße sollten konsequenter sanktioniert werden.</p> <p>7. Im kommunalen Wohnraumversorgungskonzept sollten die Belange von Migrant/innen und die Ergebnisse der „Schader-Studie“ (www.zuwanderer-in-der-stadt.de) besonders berücksichtigt werden.</p> <p>8. Mehrsprachige Abfassung von Mietverträgen und Hausordnungen sowie bindenden Anweisungen</p> <p>9. Einbindung von Schiedsfrauen und Schiedsmännern mit Migrationskenntnissen zur Konfliktlösung</p>	<p>Kurzfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p> <p>Mittelfristig</p>	<p>Übersetzungskosten, Druckkosten, Filmkosten</p> <p>Personalkosten, Infrastrukturerkosten</p> <p>Im Rahmen des bestehenden Budgets</p> <p>Übersetzungskosten, Druckkosten</p> <p>Ggf. Schulungskosten</p>	<p>Vermieter/Innen, Landeshauptstadt Kiel (Abfallwirtschaftsbetrieb, Ordnungsamt), Mieterverein</p> <p>Landeshauptstadt Kiel, Polizei</p> <p>Landeshauptstadt Kiel in Kooperation mit Akteur/innen der Wohnungswirtschaft</p> <p>Landeshauptstadt Kiel, Vermieter/Innen, Haus und Grund, Mieter/Innenverein</p> <p>Landeshauptstadt Kiel</p>	

					Jede Institution für ihre Akteure/Beschäftigten
	10. Förderung von interkulturellen Kompetenzen für Akteure am Wohnungsmarkt	Mittelfristig	Schulungskosten	Keine	Vermieter/innen
	11. Beschäftigung von Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund durch die Wohnungsgesellschaften	Mittelfristig	Schulungskosten	Keine	Migrationsvereine, Migrationssozialberatung, z. B. in Kooperation mit Vermieter/innen
	12. Förderung ehrenamtlicher „Integrationslotsen“ für Neuzuwanderer/innen	Kurz- und mittelfristig	Schulungskosten	Keine	Wohnungsunternehmen, soziale Einrichtungen
	13. Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Wohnungsunternehmen und sozialen Einrichtungen				

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste

Ausgangslage der interkulturellen Öffnung ist die Chancengleichheit von Migrantinnen und Migranten und einheimischen Bürgerinnen und Bürgern bei der Inanspruchnahme sozialer und öffentlicher Dienste. „Kundinnen und Kunden“ mit Migrationshintergrund sind in der gesamten Stadtverwaltung präsent, nicht nur innerhalb der Sozialverwaltung und der Ausländerbehörde. Das gilt auch für soziale Dienste anderer Träger.

Interkulturelle Öffnung ist nur durch einen längerfristigen Prozess erreichbar, an dem alle Beteiligten mitwirken müssen. Der öffentlichen Verwaltung kommt hier eine besondere Verantwortung zu und sie soll vorbildhafte Ausstrahlung für Freie Träger und andere Institutionen erhalten. Politik und Verwaltung sind gleichermaßen gefordert, die interkulturelle Öffnung im Rahmen der Verwaltungsreform mit umzusetzen .

Im Positionspapier der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zum Integrationsgipfel am 14.07.2006 heißt es dazu: „Kommunalpolitik und –verwaltung müssen umfassende Maßnahmen treffen, um Zugangsbarrieren für Migranten abzubauen. Die Kommunalverwaltung ist nicht nur zentrales Steuerungsorgan kommunaler Integrationsarbeit, sondern auch eines ihrer bedeutendsten Praxisfelder. Die Umsetzung interkultureller Belange betrifft die Aspekte Kundenfreundlichkeit und Bedarfsorientierung, Aus- und Fortbildung des Personals und Qualifikation und Beschäftigung von Zuwanderern.

Die interkulturelle Personalfortbildung gehört heute in vielen Kommunen zum Pflichtprogramm. So erreichen Kommunen durch Schulung von Verwaltungsbeschäftigten eine größere Offenheit und ein besseres Verständnis von migrationspezifischen Fragestellungen. Schließlich tragen Kommunalverwaltungen zunehmend auch durch ihre Personalpolitik der Migrationsrealität Rechnung. Erzieher und Sozialpädagogen mit Migrationshintergrund einzustellen, ist in vielen Kommunen mit überdurchschnittlich hohem Migrationshintergrund schlicht eine Notwendigkeit.“

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste: Handlungsempfehlungen

Nr.	Ziel	Maßnahme	Zeiträumen	Kosten	Verantwortlichkeit
1.	Interkulturelle Kompetenz als Schlüsselkompetenz für die Beschäftigten	<p>1. Regelmäßige Fortbildungen zu interkulturellen Fragestellungen als Pflichtprogramm für die Verwaltung.⁷ Interkulturelle Inhalte sind sowohl in die Führungskräftqualifizierungen zu integrieren als auch in die Mitarbeiter/innenfortbildungen – über den sozialen Bereich hinaus.</p> <p>2. Berücksichtigung von Mehrsprachigkeit und interkultureller Kompetenz in Stellenausschreibungen. Vorhandene Sprach- und interkulturelle Kompetenzen bei Mitarbeiter/innen könnten in Personalgesprächen erfragt und zunehmend gezielt eingesetzt werden.</p> <p>3. Mündliche und schriftliche Kommunikationskompetenzen im Umgang mit Migrant/innen sind daraufhin zu schulen, dass Sprache so einfach und klar eingesetzt wird, dass sie auch für Menschen mit geringen Deutschkenntnissen verständlich ist.</p>	Kurz- und mittelfristig, langfristige Aufgabe	Fortbildungskosten	Fortbildungsträger und Personalverantwortliche bei der Landeshauptstadt Kiel und Freien Trägern
			Kurz- und mittelfristig, langfristige Aufgabe	Keine	Personalverantwortliche bei der Landeshauptstadt Kiel und Freien Trägern
			Kurz- und mittelfristig	Fortbildungskosten	Personalverantwortliche und Fortbildungsträger bei der Landeshauptstadt Kiel und Freien Trägern

⁷ s. „Positionspapier zum Integrationsgipfel am 14.07.2006 der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände“, S. 5 f.

lich ist.					
<p>4. Solange die interkulturelle Öffnung nicht so weit vorangeschritten ist, dass keine Barrieren für Migrant/innen mehr bestehen, ist ein geeignetes Angebot zur Migrationssozialberatung - auch für bereits länger hier lebende Migrant/Innen - vorzuhalten. Die Koordination für die Migrationssozialberatung liegt dabei in kommunaler Verantwortung.</p> <p>5. Die Notwendigkeit interkultureller Fortbildung ist künftig in den Leistungsverträgen mit sozialen Diensten festzuschreiben.</p> <p>6. Sowohl bei sozialen Diensten als auch in der Verwaltung ist eine Evaluation der Fortbildungsteilnahme und ihrer Effizienz anzuraten</p>	Wird bereits geleistet	Personalkosten, Verwaltungskosten	Landeshauptstadt Kiel in Kooperation mit Freien Trägern		
	Kurz- und mittelfristig	Keine	Landeshauptstadt Kiel		
	mittelfristig	Im Rahmen von Qualitätsmanagement	Landeshauptstadt Kiel im Rahmen bestehender Evaluation		

2.	Förderung von Migrant/innen durch bewusste Personalpolitik	<p>1. Mehrsprachigkeit, Erfahrung mit Migration, bzw. mit Migrationsarbeit, als Bestandteil von Anforderungsprofilen</p> <p>2. Zielvorgabe für einen wachsenden, schließlich dem Bevölkerungsanteil entsprechenden Anteil von Beschäftigten und Auszubildenden mit Migrationshintergrund.</p> <p>3. Eine gezielte Werbung bei Migrant/innen wird eingesetzt, um sie zu Bewerbungen in allen Arbeitsbereichen der öffentlichen Verwaltung zu motivieren</p>	<p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Langfristig</p> <p>Langfristig</p>	<p>Keine</p> <p>Keine</p> <p>Keine</p>	<p>Personalverantwortliche bei der Landeshauptstadt Kiel und Freien Trägern</p> <p>Ratsversammlung</p> <p>Personalverantwortliche bei der Landeshauptstadt Kiel und Freien Trägern</p>
3.	Entwicklung eines interkulturellen Leitbildes	<p>1. Mitarbeiter/innen sind auf die Zielsetzung und konsequente Umsetzung des Integrationskonzeptes und des Leitbildes hin zu verpflichten.</p> <p>2. Überprüfung, Aktualisierung und Fortschreibung von Vorgaben und Zielen</p>	<p>Mittelfristig</p> <p>Mittel- und langfristig</p>	<p>Keine</p> <p>Im Rahmen bestehender Personalmittel</p>	<p>Personalverantwortliche bei der Landeshauptstadt Kiel und Freien Trägern</p> <p>Verantwortliche für Qualitätsentwicklung bei der Landeshauptstadt Kiel und Freien Trägern</p>
4.	Einsatz von Dolmetscherdiensten ⁸	<p>1. Durch Förderung und Erhebung der Mehrsprachigkeit des Personals steigen die Realisierungsmöglichkeiten eines breit angelegten „Dolmetscherpools“.</p>	<p>Mittelfristig</p>	<p>Keine</p>	<p>Personalverantwortliche bei der Landeshauptstadt Kiel und Freien Trägern</p>

⁸ Das Risiko einer nicht fachgerechten Übersetzung liegt bei denjenigen, die sich zu ihrer Unterstützung der Sprachmittler/innen bedienen.

		2. Aufbau eines vielschichtigen Dolmetscherdienstes, der für alle Beratungs- und Klärungsprozesse gut zugänglich ist.	Mittelfristig	Aufwandsentschädigungen für Dolmetscher/innen	Koordination Referat für Migration in Zusammenarbeit mit Trägern der Migrationsberatung
5.	Mehrsprachige Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung der Information und als Signal des Willkommens für Migrant/innen	<p>1. Informationen, die für den Publikumsverkehr entwickelt werden, sollten bei Bedarf in den am häufigsten vertretenen Sprachen veröffentlicht werden.</p> <p>2. Begrüßungsinformationen für Neubürger/innen mit Anschreiben in verschiedenen Sprachen.</p> <p>3. Internetauftritt mit Links zu Angeboten für Migrant/innen (Sprachkurse, Beratung, Vereine, Forum etc.)</p>	<p>Kurz- und mittelfristig</p> <p>Kurzfristig</p> <p>kurzfristig</p>	<p>Übersetzungs- und Druckkosten</p> <p>Übersetzungskosten</p> <p>Im Rahmen vorhandener Personalkosten</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel und Arbeitsverwaltung</p> <p>Landeshauptstadt Kiel</p> <p>Landeshauptstadt Kiel (Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) in Zusammenarbeit mit Freien Trägern, Vereinen, Forum etc.</p> <p>Landeshauptstadt Kiel im Rahmen laufender Beirichterstattung</p>
6.	Erkennen und Berücksichtigen von Bedarf und Entwicklung	Verbesserung der stadt- und stadtteilbezogenen Datenerhebung (die neben Einwohnerdaten auch Daten aus aktenführenden Ämtern, die in hohem Maße mit Migrant/innen zu tun haben, zusammenführt). Dabei ist der Datenschutz zu berücksichtigen.	Mittelfristig	Im Rahmen der Datenerhebung	

7.	Vernetzung zur Optimierung der Zusammenarbeit	Die Vernetzung mit den Angeboten der Migrationssozialberatung und weiteren Angeboten und Maßnahmen in der Migrationsarbeit in Kiel – auch überregional - muss weiter ausgebaut und institutionalisiert werden.	Mittelfristig	Keine	Forum für Migrant/innen und Landeshauptstadt Kiel (Koordination Migrationssozialberatung)
8.	Koordination, Evaluation und Weiterentwicklung	Die Federführung für Evaluation, Berichterstattung und Fortschreibung des Integrationskonzeptes wird dem Referat für Migration übertragen. Eine zentrale und übergeordnete Ansiedlung des Referates würde dabei den Stellenwert der Handlungsempfehlungen innerhalb der Stadtverwaltung sowie gegenüber Migrant/innen und der Stadtbevölkerung insgesamt unterstreichen und die gesellschaftlichen Rückwirkungen verstärken. Zudem wird der Eindruck der bloßen Klientel-Sichtweise vermieden. ⁹	Mittel- und langfristige	Personal- und Sachkosten	Landeshauptstadt Kiel, Verwaltung und Selbstverwaltung

⁹ „Städte, Gemeinden und Landkreise bringen seit Jahren die Gestaltungspotentiale ihrer Gemeinwesen zur Integration der Zuwanderer ein. ... Integration wird dabei in den Kommunen als Querschnittsaufgabe verstanden. Sie ist nicht nur Aufgabe einzelner Fachbereiche, sondern eine ressortübergreifende Aufgabe von Relevanz.“ Aus: „Positionspapier zum Integrationspfeil am 14.07.2006 der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände“, S. 2.

Förderung der Selbstorganisation und Partizipation

Noch immer wird in vielen Angelegenheiten, die Migrant/innen betreffen, mehr **über** die Beteiligten als **mit** ihnen gesprochen. Tatsächlich ist die Vertretung von Migrant/innen in allen Lebensbereichen - entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung - noch lange nicht gegeben.

So ist die Politik immer wieder aufgefordert, die Rahmenbedingungen für eine gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen zu schaffen. Gruppenspezifische Interessen von Migrantinnen und Migranten sollen mit einfließen.

Über die rechtliche und politische Partizipation hinaus soll auch die berufliche, soziale und kulturelle Partizipation als wichtige Aufgabe der Integration gesehen werden. Gleichstellung und Gleichbehandlung werden eingefordert, um Ausgrenzung und Benachteiligung zu beseitigen.

Die Stadt Kiel ist bestrebt, in Zukunft die Teilhabe von Migrant/innen in allen Bereichen des gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens zu fördern. Sie sollen an allen Informationen teilhaben und an Entscheidungen mitwirken können sowie gleiche Chancen auf Bildung und Beschäftigung erhalten.

Die Förderung der Selbstorganisationen und die Partizipation sind eng miteinander gekoppelt und müssen Hand in Hand gehen. Die Stadt Kiel verfügt bereits über ein breites Angebot unterschiedlicher Vereine und Selbsthilfegruppen, die Migrant/innen notwendige Kontakte und Orientierungen verschaffen und der Artikulation ihrer Interessen dienen. Hierzu gehören unter anderem Selbstorganisationen, die von unterschiedlichen Migrantengruppen mit unterschiedlicher kultureller, religiöser und politischer Ausprägung und Zielsetzung gegründet worden sind. Sie tragen dazu bei, eigene Interessen zu artikulieren, Selbsthilfepotenziale zu bündeln und eine Brücke zwischen Migrant/innen und Einheimischen zu bilden.

Die Selbstorganisation der Migrant/innen braucht Unterstützung auf sozialer und politischer Ebene. Eine Einrichtung wie das Referat für Migration ist und bleibt eine wichtige Stelle für die Information, Vernetzung und Unterstützung der Migrantenselbstorganisationen, das Forum für Migrantinnen und Migranten stellt den notwendigen Rahmen für den gegenseitigen Informationsaustausch, die Vertretung der eigenen Interessen sowie die Verbindung zur Politik der Landeshauptstadt her. Das Bemühen für mehr bürgerschaftliches Engagement unter den Migrant/innen sollte sowohl von Seiten der Landeshauptstadt als auch von Seiten der Migrantenorganisationen verstärkt werden.

Im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung sollen auch die wirtschaftlichen Aktivitäten von Migrant/innen berücksichtigt werden. Viele von ihnen sind bereits hier als selbständige Unternehmer/innen aktiv. Die Ressourcen sollten angemessen gefördert werden, um dieses Wirtschaftspotential für die lokalen Standorte gewinnbringend einzusetzen.

2.	Anerkennung und Unterstützung von Selbstorganisationen	<p>1. Geeignete Einrichtungen bei der Stadt beraten bei Vereinsgründung, Gründung von Dachverbänden und Erstellung einer Satzung, bzw. vermitteln an geeignete Beratungsstellen. Das Referat für Migration der Stadt Kiel berät, unterstützt und begleitet die Selbstorganisationen von Zuwander/innen. Die Stelle gibt Tipps zur Vernetzung mit anderen Gruppen sowie Unterstützung beim Kontakt mit den Behörden.</p> <p>2. Die Selbstorganisationen von Migrant/innen werden von den Regeldiensten als „Brücke“ zu Migrantengruppen oder Einzelpersonen genutzt, um diese besser zu erreichen. Das Referat für Migration stellt bei Bedarf die notwendigen Kontakte her.</p> <p>3. Die Vereinsaktivitäten werden durch die Stadt gefördert durch Bereitstellung von Räumen</p> <p>4. Über die Internetseite www.kiel.de kann - unter Berücksichtigung des Datenschutzes - nach Name, Herkunft, Tätigkeit oder Zielgruppe der Selbstorganisationen gesucht werden. Der Internetauftritt dient</p>	Wird bereits geleistet	Im Rahmen vorhandener Personalressourcen	Referat für Migration, Bürgerberatung
		<p>1. Geeignete Einrichtungen bei der Stadt beraten bei Vereinsgründung, Gründung von Dachverbänden und Erstellung einer Satzung, bzw. vermitteln an geeignete Beratungsstellen. Das Referat für Migration der Stadt Kiel berät, unterstützt und begleitet die Selbstorganisationen von Zuwander/innen. Die Stelle gibt Tipps zur Vernetzung mit anderen Gruppen sowie Unterstützung beim Kontakt mit den Behörden.</p> <p>2. Die Selbstorganisationen von Migrant/innen werden von den Regeldiensten als „Brücke“ zu Migrantengruppen oder Einzelpersonen genutzt, um diese besser zu erreichen. Das Referat für Migration stellt bei Bedarf die notwendigen Kontakte her.</p> <p>3. Die Vereinsaktivitäten werden durch die Stadt gefördert durch Bereitstellung von Räumen</p> <p>4. Über die Internetseite www.kiel.de kann - unter Berücksichtigung des Datenschutzes - nach Name, Herkunft, Tätigkeit oder Zielgruppe der Selbstorganisationen gesucht werden. Der Internetauftritt dient</p>	Kurzfristig	Keine	Alle Ämter der Landeshauptstadt Kiel
		<p>1. Geeignete Einrichtungen bei der Stadt beraten bei Vereinsgründung, Gründung von Dachverbänden und Erstellung einer Satzung, bzw. vermitteln an geeignete Beratungsstellen. Das Referat für Migration der Stadt Kiel berät, unterstützt und begleitet die Selbstorganisationen von Zuwander/innen. Die Stelle gibt Tipps zur Vernetzung mit anderen Gruppen sowie Unterstützung beim Kontakt mit den Behörden.</p> <p>2. Die Selbstorganisationen von Migrant/innen werden von den Regeldiensten als „Brücke“ zu Migrantengruppen oder Einzelpersonen genutzt, um diese besser zu erreichen. Das Referat für Migration stellt bei Bedarf die notwendigen Kontakte her.</p> <p>3. Die Vereinsaktivitäten werden durch die Stadt gefördert durch Bereitstellung von Räumen</p> <p>4. Über die Internetseite www.kiel.de kann - unter Berücksichtigung des Datenschutzes - nach Name, Herkunft, Tätigkeit oder Zielgruppe der Selbstorganisationen gesucht werden. Der Internetauftritt dient</p>	Wird bereits geleistet	Kosten für Gebäude und Instandhaltung	Landeshauptstadt Kiel (Immobilienwirtschaft)
		<p>1. Geeignete Einrichtungen bei der Stadt beraten bei Vereinsgründung, Gründung von Dachverbänden und Erstellung einer Satzung, bzw. vermitteln an geeignete Beratungsstellen. Das Referat für Migration der Stadt Kiel berät, unterstützt und begleitet die Selbstorganisationen von Zuwander/innen. Die Stelle gibt Tipps zur Vernetzung mit anderen Gruppen sowie Unterstützung beim Kontakt mit den Behörden.</p> <p>2. Die Selbstorganisationen von Migrant/innen werden von den Regeldiensten als „Brücke“ zu Migrantengruppen oder Einzelpersonen genutzt, um diese besser zu erreichen. Das Referat für Migration stellt bei Bedarf die notwendigen Kontakte her.</p> <p>3. Die Vereinsaktivitäten werden durch die Stadt gefördert durch Bereitstellung von Räumen</p> <p>4. Über die Internetseite www.kiel.de kann - unter Berücksichtigung des Datenschutzes - nach Name, Herkunft, Tätigkeit oder Zielgruppe der Selbstorganisationen gesucht werden. Der Internetauftritt dient</p>	Mittelfristig	Im Rahmen der vorhandenen Personalressourcen, bzw. Kosten für Öffentlichkeitsarbeit	Landeshauptstadt Kiel (Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit Referat für Migration)

	<p>3. Anlaufstelle bei Diskriminierung</p>	<p>der wechselseitigen Kontaktaufnahme, dem Austausch und der Vernetzung sowohl untereinander als auch mit außenstehenden Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen.</p> <p>1. Antidiskriminierungs-codes werden für das Selbstverständnis der Stadtverwaltung geschaffen. Außerhalb wirbt die Stadt für entsprechende Codes bei Unternehmen, Betrieben u. ä.</p> <p>2. In Kiel ist eine Anlaufstelle für Beschwerden über Diskriminierung einzurichten. Diese muss eine möglichst „niedrige Schwelle“ haben. Die Trägerschaft sollte beim Referat für Migration liegen.</p>	<p>Mittelfristig</p>	<p>Keine</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel (Selbstverwaltung, Personalamt in Zusammenarbeit mit Referat für Migration)</p>
		<p>Mittelfristig</p>	<p>Personalkosten</p>	<p>Landeshauptstadt Kiel (Selbstverwaltung, Referat für Migration)</p>	

Beschluss der Ratsversammlung vom 23.10.2003

Integrationskonzept für die Landeshauptstadt Kiel

Drucksache: 0917/2003

Der Vorsitzende des Forums

1. Die Landeshauptstadt Kiel ist eine weltoffene Stadt. Das ist so und soll auch so bleiben. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Unterschiede der Kulturen und Lebensweisen anerkannt werden.

Deshalb begrüßt die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel das Vorhaben der Landesregierung, landesweit ein Integrationskonzept umzusetzen und teilt die Auffassung, dass Integration als Ziel eine Kultur des Respekts und des gleichberechtigten Miteinanders der unterschiedlichen Menschen erfordert.

Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt sieht eine große Chance für eine kulturelle und wirtschaftliche Bereicherung der Stadt in der Integration der Menschen mit Migrationshintergrund, auch für die Zukunft des Standortes Kiel.

Die Landeshauptstadt Kiel fühlt sich diesem Ziel verpflichtet und unterstützt dessen Erreichen.

2. Deshalb beauftragt die Ratsversammlung die Verwaltung der Landeshauptstadt Kiel, in Zusammenarbeit mit betroffenen Einrichtungen und Trägern ein Integrationskonzept zu entwickeln, das sich unter Berücksichtigung der kommunalen Handlungsmöglichkeiten am Integrationskonzept des Landes orientiert.

Dabei sind folgende Schwerpunkte einzubeziehen:

- Interkulturelle Bildung und Erziehung (u. a. religiöse Belange), Sprachförderung (u. a. Spracherwerb vor Schulbeginn)
- Jugend und Ausbildung (u. a. Sport gegen Gewalt/ Integration durch Sport)
- Gesundheit und SeniorInnen
- Wohnen und Wohnumfeld
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste
- Förderung der Selbstorganisation und Partizipation.

Die Beachtung geschlechtsspezifischer Bedürfnisse ist insgesamt bei der Entwicklung dieses Integrationskonzeptes zu berücksichtigen.

3. Die Verwaltung der Landeshauptstadt Kiel überprüft und ändert gegebenenfalls fachbereichsübergreifend ihre eigenen Entscheidungen im Hinblick auf das formulierte Integrationsziel.
4. Die Entwicklung dieses Konzeptes sollte federführend vom Referat für Migration als Querschnittsaufgabe koordiniert werden. Dabei sind die relevanten Ausschüsse der Ratsversammlung zu beteiligen.

5. Die Erarbeitung eines Integrationskonzeptes wird durch eine Lenkungsgruppe, bestehend aus dem Referat für Migration (Federführung), Vertretern des Forums für Migrantinnen und Migranten und den Sprecherinnen und Sprechern für Migration der drei Ratsfraktionen, vorbereitet und strukturiert. Finanzmittel stehen für die Erarbeitung des Integrationskonzeptes nur im Rahmen der Titel des Referates für Migration im Haushalt 2003 und Haushalt 2004 zur Verfügung.

Abstimmung: Einstimmig